

Gesundheit eine Ware? - Eine LINKE Antwort

Nicht neu ist, das Deutschland eine zunehmend alternde Gesellschaft ist. Darauf hat Politik sich einzustellen und zu reagieren. Festzustellen ist: Die Gesundheitsminister der letzten Jahre Horst Seehofer (CSU) und Ulla Schmidt (SPD) waren da nicht untätig. Aber soviel „Doktorspiele“ sie um das Gesundheitswesen auch aufgeführt haben, wirklich geholfen hat es nichts. Echten Lustgewinn dürften danach nur gewisse Lobbygruppen der Gesundheitswirtschaft und der Pharmaindustrie verspürt haben, während der normale Kassenpatient trotz höherer Beitrags- und Zuzahlungsbelastung teils weniger Leistungen gewährt bekommt. Mehr und mehr haben wir es seitdem mit dem Phänomen einer Zweiklassenmedizin zu tun.

Die Bundestagswahl 2009 brachte für Dr. Philipp Rösler (FDP) die Überweisung ins Gesundheitsministerium. Aber was sollten die Patienten und das in der Tat kränkelnde Gesundheitswesen von einem Minister Gutes erwarten, dessen Partei mit ihrem Leistungskatalog, mehr dafür berüchtigt ist, für neoliberale + private Klientelinteressen einzustehen, als für eine am Gemeinwohl aller orientierten sozial verantwortlichen Politik? Nicht unbegründet war demnach doch: Was seine Vorgänger im Amt schon an solidarischen Stützfeiern der Gesundheitsversorgung und dessen solidarischer Finanzierung angeschossen haben, das scheint jetzt der frühere Stabsarzt der Bundeswehr, Philipp Rösler mit seiner Politik, insbesondere durch seine „Gesundheitsreform“ nun endgültig weg schießen zu wollen. Aufschlussreich zu wissen ist z.B. das die größte private Krankenversicherung Europas, die DKV der FDP-Mitgliedschaft ein mit 5 Prozent Rabatt versüßtes Rundum-Sorglos-Paket anbot. „Leistungsgerecht“- zum Lohn für diese Vorzugsbehandlung machte Bundesminister Rösler den Cheflobbyisten der privaten Krankenversicherungen, Christian Weber zum Leiter seiner Grundsatzabteilung. Erhellend aber auch als Vorspiel für nun offenbar werdende kommende dunkle Absichten dieses Beispiel: Noch in seiner Zeit als niedersächsischer Wirtschaftsminister legte er in Komplizenschaft mit anderen „ländlichen“ Amtskollegen und dem Kanzleramt in einer Stellungnahme den Grundstein dafür, das dem Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), dem obersten Medizinprüfer Peter Sawicki die Abberufung ins Haus flattert. Offiziell geschah das zum Januar 2010. Doch schon am 19. Juni 2009, beschloss die Ministerrunde mit Gesundheitsminister Dr. med. Rösler das Todesurteil über Peter Sawicki, in dem sie erklärten: Dass das IQWiG dem Standort Deutschland schade – ein Erfolg für den Verband forschender Arzneimittelhersteller (VfA) gegen den sich Sawicki's Kampf gegen den Lobbyeinfluss auch richtete. Nachzulesen ist dies im Buch der ARD-Journalistin Ursel Sieber „Gesunde Zweifel“.

Angesichts nur dieser Beispiele sind unbestritten mehr als „Gesunde Zweifel“ angebracht, ob von solch einem Minister und der ihn tragenden Lobbygruppen eine solide, vor allem solidarisch angelegte Gesundheitspolitik zu erwarten ist. Vielmehr passierte, was passieren musste: Was der Herr Doktor bislang an ministeriellen Therapien auf den politischen Behandlungstisch legte, war einfach nur ätzend verursachte Brechreiz, Übelkeit und Durchfall....

Was den Bürgern ins Haus steht sind also weitere Beitragserhöhungen und erhöhte Zuzahlungen für Medikamente. Die Festbetragsgrenzen für bisher zuzahlungsfreie Medikamente hat er schon zum Nachteil der Patienten verändert. Rösler's Wille ist ferner das „Einfrieren“ des Arbeitgeberbeitrages. Das wäre nicht mehr und nicht weniger als der Bruch mit der bisher paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Eine Kopfpauschale in Form von einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen, die alleine von den Versicherten finanziert wird ist ein weiteres Teil in der Indizienkette seiner entsolidarisierenden Politik. Ist das alles eines Sozialstaates würdig? Hätte der Bundesminister mal nicht seine Facharztausbildung zum Augenarzt abgebrochen, um sich stärker auf die niedersächsische Landespolitik konzentrieren zu können. Vielleicht hätte er heute mehr (politischen) Weitblick und als Katholik würde Herr Rösler der Bevölkerung eventuell(?) heute seine teuflische Gesundheitspolitik ersparen. Weil dem nicht so ist, wird die Öffentlichkeit ihm gegenüber, nicht mit Kritik sparen. Denn der Grundgedanke jeder Gesundheitspolitik ist die Solidarität. Und Gesundheit darf nie zu einer Ware werden. Wer diese beiden Prinzipien verlässt und gegen sie arbeitet, der stellt sich außerhalb jeder zivilisierten Gesellschaft. Das sollte der Minister wissen!

*René Lindenau
Cottbus, den 11.10.2010*